

P R E S S E M I T T E I L U N G

02/2015

Das können wir nicht akzeptieren

Referentenentwurf für eine Krankenhausreform schadet den Kliniken

Potsdam, den 30. April 2015 – Am Anfang stehen die Versprechen der Politik, man wolle die Krankenhausversorgung sicher und zukunftsfest machen. Danach aber geht es konsequent in die entgegengesetzte Richtung. Der Referentenentwurf für eine Krankenhausreform strotzt vor Regelungen, die noch mehr Bürokratie auslösen, die Kontrollen verschärfen und den Krankenhäusern weitere Finanzmittel entziehen. „Man könnte es ironisch Verschlimmbesserung nennen, wenn das Ganze nicht so gefährlich für die Zukunft der Krankenhäuser wäre. In den Häusern Brandenburgs herrschen Empörung und Entsetzen“, kommentiert der Geschäftsführer der Landeskrankenhausgesellschaft, Dr. Jens-Uwe Schreck, den Referentenentwurf.

„Die Krankenhausfinanzierung ist in einer Schiefelage. Sie muss dringend neu justiert werden, wenn die Versorgung der Patienten auf Dauer und für die Zukunft in hoher Qualität gesichert sein soll. Das war der eigentliche Grund, warum vor über einem Jahr eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe gemeinsam nach Lösungen suchen wollte“, so der LKB-Geschäftsführer. Davon sei nichts, aber auch gar nichts mehr übrig. „Bund und Länder konnten sich offenbar nicht auf das Wesentliche einigen. Sie werfen den Krankenhäusern stattdessen mit der einen Hand ein paar Krümel hin, nehmen ihnen aber mit der anderen gleich den ganzen Teller weg.“

So wird ihnen der Versorgungszuschlag, den die Vorgängerregierung den Häusern gewährt hat, entzogen. Eine Qualitätsoffensive wird ausgerufen, die ohne entsprechende Mittel nicht umgesetzt werden kann. Auch hier folgt für jene, die höchste Qualität liefern und dadurch auch mehr Patienten anziehen, die Strafe in Form von jahrelangen Mehrleistungsabschlägen auf dem Fuße. Der Kontrollwahn der Krankenkassen findet zudem mit vielen neuen Regelungen Eingang in den Gesetzentwurf. Dieser wimmelt zudem vor Unterstellungen, die zum Ausgangspunkt

für neue Regelungen genommen werden, die nur eines ausdrücken: Wir misstrauen den Krankenhäusern. Schreck: „In den Augen der Politiker sind unsere Krankenhäuser offenbar Institutionen, die man straff an der kurzen Leine führen muss. So geht das nicht!“

Für die Krankenhäuser in Brandenburg ist dieser Referentenentwurf nicht akzeptabel. „Wir bauen darauf, dass sich die gewählten Abgeordneten unseres Landes im Bundestag jetzt energisch für ihre Kliniken einsetzen und im Gesetzgebungsverfahren noch wesentliche Änderungen erreichen“, sagt der LKB-Geschäftsführer.

Kontakt

Die **Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg e. V. (LKB)** ist der Zusammenschluss der Träger von Krankenhäusern und ihrer Verbände im Land Brandenburg. Als Mitglieder gehören dem Verein die Träger und ihre Verbände im Land Brandenburg an. Diese repräsentieren 53 Krankenhäuser mit rund 16.000 aufgestellten Betten. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. In den Brandenburger Krankenhäusern werden jährlich über eine halbe Million Patienten behandelt. Hierfür wird ein breites therapeutisches Leistungsspektrum in den verschiedensten Behandlungsformen - stationär, teilstationär und ambulant - angeboten. Mit 23.000 Beschäftigten stellen sie darüber hinaus einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor in der Region dar.

Ansprechpartner:

Dr. Jens-Uwe Schreck
Geschäftsführer
Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg e. V.
Zeppelinstraße 48
14471 Potsdam

Telefon: 0172 3020907
E-Mail: Schreck@LKB-Online.de